

Positionspapier „It’s our f*cking future“

BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG AM 7.5.2022

Das folgende Positionspapier des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V. „It’s our fucking future: Positionen und politische Forderungen zur nachhaltigen Entwicklung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.“ wird in der Kommunikation zu den beinhalteten Themen nach innen und außen eingesetzt.

Weiterhin wird die AG Nachhaltigkeit damit beauftragt, bis zur nächsten Vollversammlung daraus Selbstverpflichtungen und Leitlinien für den Landesjugendring und seine Mitgliedsverbände abzuleiten.

It’s our f*cking future

Positionen und politische Forderungen zur nachhaltigen Entwicklung des Landesjugendrings Baden-Württemberg e.V.

Einleitung

Mit dem Beschluss der Vollversammlung „It’s our fucking future“ haben wir bereits 2015 den Landtag und die Regierung von Baden-Württemberg aufgefordert, unser Land bis 2025 zum Klimamusterland zu machen. Politik und Wirtschaft müssen Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen. Dazu müssen in allen großen Emissionsbereichen ambitionierte Klimaschutzziele und -pläne entwickelt und umgesetzt werden. Leider hat sich aus unserer Sicht noch nicht so viel getan, wie wir gehofft und gefordert haben.

Die Folgen des Klimawandels werden bereits die heutige Jugendgeneration im Laufe ihres Lebens massiv betreffen. Angesichts der aktuellen globalen ökologischen und sozialen Herausforderungen haben viele Kinder und Jugendliche berechtigte Sorge um die Zukunft der Welt – und damit auch um ihre eigene.

Jugendliche möchten nicht länger mit widersprüchlichen Reden hingehalten werden, sondern fordern eine ernsthafte und wirkungsvolle Auseinandersetzung nicht nur beim Thema Klimaschutz. Jugendliche beschäftigen sich längst mit Zukunftsfragen wie Globalisierung, die Ausbeutung von Ressourcen dieser Erde, den katastrophalen

Ausmaßen an sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit und vielem mehr. Glaubwürdigkeit hat dabei eine zentrale Bedeutung. Politiker*innen, deren Reden um Nachhaltigkeit sich nicht in ihren Entscheidungen niederschlagen, sind unglaubwürdig. Genauso steht es um Unternehmen, die Schlagworte wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung als Marketinginstrumente benutzen, ohne eine entsprechende Unternehmenspolitik tatsächlich zu verfolgen.

Kinder und Jugendlichen entwickeln in unseren Angeboten unter anderem eigene Haltungen und Wertvorstellungen. Daher ist auch die Kinder- und Jugendarbeit herausgefordert, sich am Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu orientieren. Dies ist in der eigenen Praxis und dem Betrieb von Einrichtungen ebenso notwendig, wie bei der Gestaltung von Maßnahmen. Viele Jugendverbände und -organisationen haben sich bereits auf den Weg gemacht und werden aktiv oder sind es bereits, um ihren Beitrag zu leisten, unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Diesem Anspruch versuchen sie selbst gerecht zu werden – und diesen Anspruch haben sie auch an die Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft.

In diesem Papier formulieren wir, die Jugendverbände im Landesjugendring, unsere Sicht auf das Thema Nachhaltigkeit. Wir wollen uns zukünftig in Alltag und in Bildungsangeboten der Jugendarbeit, wie auch in der politischen Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen diesen Herausforderungen stärker stellen. Wir sind bereits auf einem guten Weg und haben auch innerhalb der Verbände schon viel erreicht.

Wir fordern von der Politik, mitzuziehen und endlich ernst zu machen mit globaler Gerechtigkeit sowie verantwortlichem Handeln gegenüber künftigen Generationen: Werden Sie den Erwartungen gerecht und stellen Sie sich Ihrer globalen Verantwortung für die jetzigen und zukünftigen Generationen!

Handlungsfelder

Wir brauchen neben Effizienz und Konsistenz auch Ansätze, die den Ressourcenverbrauch insgesamt verringern. Denn Ressourcen müssen bewusst geschont werden. Suffizienz spielt daher zunehmend eine Rolle bei grundlegenden Fragen unserer Zeit:

- Wie können wir einen zukunftsfähigen Umgang mit der Fülle unserer natürlichen Lebensgrundlagen erreichen?
- Wie kann es gelingen, diese Lebensgrundlagen gerecht zu verteilen?

- Wie kann ein auch am Gemeinwohl ausgerichtetes Wirtschaftssystem aussehen und wie befähigen wir junge Menschen, diesbezüglich in einen kritischen Diskurs zu gehen?
- Wie können Digitalisierung und Nachhaltigkeit, als zwei wesentliche aktuelle Herausforderungen, zusammen diskutiert werden?

Im September 2015 gab sich die Welt das größte Versprechen aller Zeiten: Gemeinsam einigten sich 193 Staats- und Regierungschefs mit der Agenda 2030 auf die Erreichung von 17 globalen Nachhaltigkeitszielen, den *Sustainable Development Goals* oder kurz: SDGs. Die 17 Nachhaltigkeitsziele und ihre 169 Unterziele berücksichtigen erstmals alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – also ökonomische, ökologische und soziale Aspekte – gleichermaßen. Dabei geht es um nichts Geringeres, als das Leben aller zu verbessern. Die SDGs sind somit eine Art globaler Masterplan für die Transformation unserer Welt.

Kinder, Jugendliche und kommende Generationen tragen in der Zukunft die Folgen der heutigen Politik. Unsere Gesellschaft muss sich einigen Herausforderungen stellen, wenn sie das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt. Dies kann nur gelingen, wenn Politik und Verwaltung, von den Kommunen über das Land und den Bund bis zur Europäischen Union und den Vereinten Nationen, entschiedene Schritte unternehmen! Ebenso ist klar, dass alle Akteur*innen der Zivilgesellschaft, inklusive der Kinder- und Jugendarbeit, selbst ihren Beitrag leisten müssen.

Wesentliche Handlungsfelder sind:

- Klima, Energie und Ressourcen
- Konsum, Transparenz, Information
- Nachhaltige Mobilität
- Natur und Umwelt
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung
- In Einer Welt muss global gehandelt werden
- Demokratie und Teilhabe
- Arbeit und Soziales

1. Klima, Energie und Ressourcen

Der Klimawandel hat längst eingesetzt. Während in Deutschland die zunehmenden Extremwetterlagen noch finanziell bewältigt werden können, ist die Lebensgrundlage in anderen Weltregionen bereits akut gefährdet. Der Klimawandel ist ein weltweites Problem, das global gelöst werden muss, jedoch mit lokalem Handeln zusammenhängt. Wir brauchen eine Klima- und Ressourcenpolitik, die ein hohes Maß an Gerechtigkeit für alle aktuellen und künftigen Generationen gewährleistet.

Digitalisierung ist die Zukunft und wir stecken mittendrin. Neben den vielseitigen Chancen zur Verbrauchsoptimierung und Lastmanagement und den damit einhergehenden Energieeinsparungen gibt es negative Effekte, die es zu bedenken gilt. Die Produktion von Smartphones, Tablets, Laptops und vielen weiteren Geräten wie auch der Bau von Rechenzentren und Infrastrukturen verschlingen Ressourcen. Die weltweit fortschreitende Digitalisierung bringt in Bezug auf Ressourcen, Energie und menschenwürdige Arbeitsbedingungen große Herausforderungen mit sich.

Für eine gerechte Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik fordern wir:

- Die mittlere globale Erwärmung muss auf maximal 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Die dazu notwendige Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes muss erfolgen, ohne benachteiligten Ländern Entwicklungsmöglichkeiten zu nehmen.
- Umbau der Energieversorgung auf 100 Prozent ökologisch und sozial verträglich produzierte erneuerbare Energie, die dezentral in demokratisch kontrollierten Strukturen bereitgestellt wird. Dazu muss auch der Netz- und Lade-Infrastrukturausbau beschleunigt werden. Die zeitliche Umsetzung muss im Einklang mit dem 1,5°C-Ziel stehen. Die Landesregierung soll effiziente Energienutzung fördern und Maßnahmen zur Energieeffizienz verschärfen.
- Klimaschutz ist Artenschutz. Der Individuen- und Populationsschutz darf nicht mehr über Klimaschutzmaßnahmen stehen. Technische Lösungen müssen zugelassen und gefördert werden.
- Bei Anpassungen an die bereits unvermeidlichen Folgen des Klimawandels müssen die ärmeren und stärker dem Klimawandel ausgesetzten Länder unterstützt werden.
- Die Industrieländer müssen Klimaflüchtlingen den Flüchtlingsstatus zugestehen.

- Die Kreislaufwirtschaft muss gestärkt werden. Gleichzeitig muss die Lebensdauer neuer Produkte durch eine gesetzliche Verlängerung der Garantie erhöht werden, die Produkte müssen reparierbar sein und Ersatzteile müssen zur Verfügung stehen. Die Gesetzesinitiative der Europäischen Kommission mit dem „Right to repair“ (Recht auf Reparatur/Reparierbarkeit) unterstützen wir. Bei der Produktentwicklung muss auf eine gute Wiederverwertbarkeit am Ende des Lebenszyklus geachtet werden.
- Klimaschädliche Subventionen sollen sukzessive abgeschafft werden. Um negative Rebound-Effekte und soziale Ungerechtigkeit zu vermeiden, müssen im gleichen Zug geeignete umweltfreundliche Subventionen eingeführt werden.
- Um den Ressourcenverbrauch in Baden-Württemberg zu senken, können beispielsweise Videokonferenzen und hybride Veranstaltungen weiterhin Fahrtwege und (dienstliche) Flugreisen ersetzen.

2. Konsum, Transparenz, Information

Das Bewusstsein für globale und ökologische Folgen des Konsums steigt. Entsprechend steigt auch die Nachfrage nach fairen, ökologischen und vor allem: nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen. Marketing-Kampagnen setzen hier gezielt an, um Absätze zu steigern. Es ist davon auszugehen, dass nicht jedes als „nachhaltig“ beworbene Produkt dies auch tatsächlich ist.

Daher wächst die Bedeutung unabhängiger Informationen über die entsprechenden Produkte und Dienstleistungen. Transparenz bezüglich beteiligter Unternehmen, über volkswirtschaftliche Folgekosten, über Subventionen usw. ist ebenso Grundlage für sinnvolle Kaufentscheidungen wie für den notwendigen demokratischen Streit um die politischen Rahmenbedingungen.

Wir fordern:

- Die Landesjugendplan-Förderung muss eine soziale und ökologische Beschaffung ermöglichen. Die Bestrebungen des Landesjugendrings zur Förderung von regionalen, saisonalen, biologischen und fair gehandelten Produkten sowie grünem Transport für Jugendleiter*innen und Jugendgruppen gilt es von der Landesregierung zu unterstützen. Für Träger, die diese Kriterien erfüllen, soll es eine zusätzliche Förderung geben.
- Um Anreize zu schaffen, sollen öko-soziale Produkte und Dienstleistungen, sowie nachhaltige Landwirtschaft höher subventioniert werden. Gleichzeitig

müssen in Deutschland alle Produkte und Dienstleistungen, die nicht nachhaltig sind, für Konsument*innen unattraktiver werden. Dafür müssen Systeme entwickelt werden, um auch die entstehenden externen Kosten auf die Produkte umzulegen.

- Die Transparenz und Bewusstseinsbildung bei Konsument*innen müssen gestärkt werden, um nachhaltiges Wirtschaften und Konsumieren zu fördern. Die True Cost (wahren Kosten, wie zum Beispiel CO₂, versteckte Kosten, Luftreinigung ...) muss Konsument*innen sichtbar gemacht werden.
- Die Beschaffungspraxis der öffentlichen Hand muss fair und ökologisch gestaltet werden, sie darf sich nicht nur an Kriterien wie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit orientieren. Das Land muss sich zudem für verbindliche, soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einsetzen.
- Lobbyarbeit soll durch ein Lobbytransparenzgesetz sichtbar gemacht werden, das über das bisherige baden-württembergische Register hinaus geht.

3. Nachhaltige Mobilität

Mobilität ist soziales Bedürfnis und wirtschaftliche Notwendigkeit. Das trifft sowohl auf ÖPNV, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen zu, als auch auf den Fernverkehr. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis und sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Für sie ist Mobilität auch ein Schlüssel zu Bildung und Erfahrungsgewinn – das wird sich durch die Folgen des demografischen Wandels v.a. im ländlichen Raum in den kommenden Jahren noch verschärfen.

Im urbanen Raum dominiert seit Jahrzehnten das Auto die öffentlichen Flächen und auch im ländlichen Raum ist die Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen oft nur rudimentär ausgebaut.

Für eine nachhaltige Mobilität fordern wir:

- Der ÖPNV muss für alle Generationen attraktiver werden, z.B. über Tarif- und Fahrplangestaltung. Insbesondere für den ländlichen Raum braucht es Konzepte für einen zuverlässigen und flächendeckenden ÖPNV. Die „Erstellung und Umsetzung einer ÖPNV-Strategie 2030 für Baden-Württemberg“ der Landesregierung ist daher grundsätzlich zu begrüßen und deren zeitliche Umsetzung zu unterstützen. Das 365€-Ticket muss verstetigt werden, soll zukünftig auch für Juleica-Inhaber*innen gelten und kann ein erster Schritt für einen kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sein.

- Nachhaltiges Reisen muss stärker gefördert werden. Attraktive Bahnticket-Angebote sollen geschaffen werden, vor allem für Gruppenreisen. Das Fliegen darf keine Option für Kurz- und Mittelstreckenreisen sein. Busreisen sollten nachrangig zu Bahnreisen sein.
- Die Landesregierung und -behörden müssen eine Vorbildfunktion wahrnehmen, indem sie z.B. ihre Fuhrparks möglichst weit abbauen und auf ÖPNV und Bahn umsteigen.
- Das Fahrrad als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel muss stärker gefördert werden, z.B. durch die Ausweisung sicherer und gut ausgebauter Fahrrad(schnell)wege und -streifen sowie durch flexiblere Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Ausbildungsstätten und Arbeitsplätze müssen verbindlich mit Fahrradparkplätzen, Umkleideräumen und Elektro-Ladestationen ausgestattet werden. Jobbikes müssen verpflichtend angeboten werden.
- „Stadt der kurzen Wege“ als Ziel für den urbanen Bereich: dies beinhaltet sowohl, dass für den Endverbraucher alle notwendigen Dinge des täglichen Bereichs fußläufig erreichbar sind als auch, dass für eine zukunftsorientierte Stadtlogistik der Güterverkehr auf der letzten Meile möglichst CO₂-neutral organisiert wird.
- Die Verkehrswende braucht Entwicklungen wie Bike- und Carsharing, daher gilt es diese zu fördern und zu unterstützen sowie flexible Angebote zu erweitern.
- Es müssen strengere Maßnahmen für die Luftreinhaltung umgesetzt werden, damit die Städte sich an die Richtlinien der EU halten.
- Der Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen muss gesenkt werden. Einerseits durch gesetzliche Grenzwerte, andererseits durch generelle Tempolimits. Darüber hinaus muss die Landesregierung sich bei den ansässigen Automobilherstellern dafür einsetzen, dass ökologische Aspekte bei Produktion und Betrieb eine größere Rolle spielen
- Wir befürworten die in der Güterverkehrskonzeption des Landes beschriebenen Maßnahmen zu einer Verkehrsverlagerung von Warentransporten. Langfristig muss der Güterverkehr verringert und möglichst weitgehend von der Straße auf Schiene und Wasser verlagert werden.

4. Natur und Umwelt

Natur ist die Basis unserer Existenz, sie entwickelt und verändert sich fortwährend. Die komplexen Zusammenhänge der Ökosysteme der Erde haben wir Menschen nur ansatzweise verstanden. Dennoch zerstören wir in großem Maßstab die Natur: durch Intensivlandwirtschaft, Flächenverbrauch durch Siedlungsbau, Industrie-Ansiedelung und Straßenbau, durch den Abbau von Rohstoffen, durch Abfallproduktion und vieles mehr.

Menschliche Eingriffe sind enorm und schränken die Regenerationsfähigkeit der Natur mehr und mehr ein. In unserer Region sind die Folgen noch nicht in existenzbedrohendem Maße erkennbar wie in anderen Teilen dieser Welt, wo Menschen massiv darunter leiden. Dennoch gibt es schon jetzt verheerende Auswirkungen auf Flora und Fauna. Viele Arten sind bereits ausgestorben oder akut bedroht und nach wie vor wird Biodiversität und ihre Auswirkung auf die Ökosysteme unterschätzt. Eingriffe in die Landschaft haben auch Folgen, unter denen viele Menschen leiden, z.B. Hochwasser und Überschwemmungen.

Wir fordern deswegen:

- Regenerationszonen der Natur im Sinne von Naturschutzgebieten, Biotopen und deren Verbund, Ökosystemen wie Wälder, Feuchtwiesen und Moore – Landschaften, die große Mengen an CO₂ binden, brauchen besonderen Schutz.
- Eine naturnahe Kulturlandschaft mit Wiesen, Feldern, Wald und Gewässern, in der Lebensmittel und Rohstoffe nachhaltig erwirtschaftet werden.
- Die konsequente Umsetzung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes unter anderem mit: Erhalt von Streuobstbeständen, Verbot und Rückbau von Schottergärten, Minimierung der Lichtverschmutzung und Förderung von insekten- und naturfreundlichen Flächen wie Blühwiesen, Gewässerrandstreifen und Brachflächen. Zusätzlich braucht es den regelmäßigen Veränderungsdialog zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Verbraucher*innen und Lebensmittel-Einzelhandel, um gemeinsam zielorientiert Lösungen zu finden.
- Für Kinder und Jugendliche (in Baden-Württemberg) zugängliche Naturerfahrungsräume, die einerseits zum Spielen und Entdecken geeignet sind, andererseits einen Erholungsfaktor bieten. Das ist auch in der Stadtnatur notwendig.
- Kindern und Jugendlichen außerschulische Bildungsmöglichkeiten im Bereich Artenvielfalt, Landwirtschaft und Biodiversität ermöglichen.

- Eine gesetzlich gesicherte, höhere Qualität und Kontrolle der ökologischen Ausgleichsmaßnahmen bei Baumaßnahmen.
- Eine effiziente Flächennutzung mit reduziertem Flächenverbrauch. Eine Flächenkreislaufwirtschaft trägt dazu bei, die Bodenversiegelung auf ein Minimum zu reduzieren. Entsiegelungen sind voranzutreiben.
- Um dem Klimawandel mit angepassten Pflanzenzüchtungen begegnen zu können, braucht es grüne Gentechnik, z. B.: molekularbiologische Methoden, um DNA gezielt zu schneiden und zu verändern (CRISPR-Cas). Im Zuge einer nachhaltigen Anpassung der Verordnungen für gentechnisch veränderte Organismen sollen Negativ-Beispiele in der Pflanzenzüchtung (BT-Mais) verhindert werden. Das Einschleusen artfremder DNA muss verboten werden.

5. Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist die Grundlage für zukunftsfähige Veränderungen und nachhaltige Entwicklung. Dabei geht es um die Entwicklung eines nachhaltigen Weltverständnisses und der Herausbildung von Verantwortung jedes*jeder Einzelnen als Teil der Einen Globalen Welt. Dieser Anspruch gilt in Bezug auf die Agenda 2030, BNE 2030 und die UN-„Decade of Action“ sowie hinsichtlich des lebenslangen Lernens über alle formalen Bildungsbereiche hinweg und auch für die außerschulische Jugendbildung. Informelle Bildungsprozesse finden oft in non-formalen Settings statt. Das Zusammenspiel von Lernorten verschiedenster Art (non-formal, informell, formell) soll ein Teil professioneller Erwägungen und Handlungsweisen werden.

BNE verfolgt das Ziel, Menschen zu befähigen, nachhaltig zu denken und zu handeln: sie ermöglicht einen kritischen aber dennoch empathischen und umfassenden Blick. Wie beeinflussen meine Entscheidungen und mein Verhalten Menschen nachfolgender Generationen oder Menschen in anderen Erdteilen? Welche Auswirkungen hat es, wie ich konsumiere, welche Fortbewegungsmittel ich nutze? Wie wirkt sich aus, welche und wie viel Energie ich verbrauche? BNE ermöglicht es jeder und jedem Einzelnen jeden Alters, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.

BNE kann ihre Wirksamkeit jedoch nur entfalten, wenn junge Menschen lernen ihren eigenen Weg zu gehen und auch die Erfahrung machen, dass ihr Handeln einen Unterschied macht. Die Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden

Entscheidungsprozessen und die damit verbundene Möglichkeit zu Selbstwirksamkeitserfahrungen sind daher nötige Ergänzungen zu Bildungsplänen und Lernorten. Oft wird die Verantwortung hierfür auf das Bildungssystem verlagert. BNE ist immer als Teil eines größer angelegten, politischen Programms zu sehen, das die gesamte Gesellschaft verändert. Sie sollte eine Leitperspektive für politisches Handeln sein.

Zur besseren Einbeziehung der BNE-Perspektive in bestehende Bildungssysteme muss gelten:

- Wir befürworten eine Gesamtstrategie BNE für das Land Baden-Württemberg unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren. Diese sollen auch im Prozess der Umsetzung begleitend einbezogen werden.
- BNE muss früher und breiter ansetzen als bisher, im Bereich der Kita und Schule ebenso wie in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit. Deswegen muss auch die untere Altersbegrenzung für Bildungsmaßnahmen im Landesjugendplan gestrichen werden.
- Regelförderung für BNE! Erfolgreiche Bildungsprojekte in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit müssen in eine Regelförderung überführt werden, damit möglichst viele junge Menschen davon profitieren können.
- BNE und die Bereiche Umweltbildung, globales Lernen und politische Bildung müssen als durchgehendes Prinzip, Teil der Bildungsplanung werden. Das bedeutet, dass BNE als Querschnittsthema an allen schulischen und außerschulischen Bildungsorten aufgegriffen und behandelt wird. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung des Schulfachs Nachhaltigkeit für alle Schulformen.
- Nachhaltige Bildung ein Leben lang. An Hochschulen, in Aus- und Weiterbildungen, sowie an außerschulischen Lernorten muss BNE thematisiert werden. Hierfür müssen Anreize von Seiten der Landesregierung geschaffen werden.
- Bildung muss die Dimensionen Glück, Solidarität und Gemeinwohl beinhalten. Jungen Menschen soll vor allem vermittelt werden, dass sie ein erfülltes und zufriedenes Leben gestalten können, in dem Wohlstand jenseits von wirtschaftlichen Kennziffern gedacht wird und globale Gerechtigkeit handlungsweisend ist.

- BNE motiviert zum gemeinsamen Handeln! Jugendfreiwilligendienste im In- und Ausland müssen weiter ausgebaut und attraktiver gestaltet werden.

6. In Einer Welt muss global gehandelt werden

Gerechtigkeit, Solidarität und Kooperation müssen angesichts der globalen Herausforderungen die Politik bestimmen. Diese muss das Wohl der Weltgemeinschaft im Blick haben. Innerstaatlich sollen subsidiäre und partizipative Strukturen gefördert und bei politischen Entscheidungen generell involviert werden. Neben der Umsetzung der Agenda 2030 und den Maßnahmen zum Erreichen des Pariser 1,5°C-Ziels braucht es zivilgesellschaftliches Engagement und Bildungsarbeit als unverzichtbare Bausteine bei der Verwirklichung einer gerechten Weltgemeinschaft.

Deshalb fordern wir:

- Das Land Baden-Württemberg übernimmt eine globale Führungsrolle im Bereich Nachhaltiges Wirtschaften. Dazu schafft die Landesregierung den rechtlichen Rahmen vor Ort und setzt sich gleichzeitig bei globalen Partnern für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ein.
- Die Landesregierung fördert weiterhin internationale Jugendbegegnungen und sorgt so für mehr Bewusstsein für verschiedene Handlungsansätze. Barrieren, wie z.B. Visavergaben, werden abgebaut.
- Die Landesregierung fördert partnerschaftliche Projekte der internationalen Zusammenarbeit von NGOs zur Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements weltweit. Dabei fördert die Landesregierung im Besonderen solche Projekte, die marginalisierte und diskriminierte Gruppen weltweit unterstützen und befähigen, da es gerade diese sind, die überdurchschnittlich unter den Folgen des Klimawandels leiden.
- Die Landesregierung muss sich für ein EU-weites, zivilrechtlich einklagbares Lieferkettengesetz einsetzen. Darin werden Unternehmen dazu verpflichtet, Sorgfaltsmaßnahmen zu ergreifen, die sich an den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 orientieren. So werden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verhindert. Existenzlohn, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Umwelt-, Klima- und Tierschutz sollen dabei berücksichtigt werden.

- Es braucht eine CO2-Grenzsteuer für in die EU importierte Waren, um so eine Verlagerung von Emissionen zu vermeiden und die heimische Wirtschaft zu stärken. Ziel soll ein globaler Emissionshandel nach europäischem Vorbild sein.
- Keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit! Es braucht die Ausweitung von internationalen Finanzmechanismen wie den Green Climate Fund auf Kleinbäuer*innen-Organisationen, um Klimaresilienz in globalen Lieferketten zu fördern.
- Ernährungssicherheit vor Wirtschaftswachstum: Spekulationsgeschäfte mit Grundnahrungsmitteln müssen abgeschafft werden, da sie keinen realen Absicherungsinteressen dienen. Ein erster Schritt kann eine Transaktionsabgabe und die Stärkung von Projekten der solidarischen Landwirtschaft sein.

7. Demokratie und Teilhabe

Die Corona-Pandemie zeigte eindrücklich, welche weitreichenden Konsequenzen die Entscheidungen von Politiker*innen auf junge Menschen haben. Auch die Klimakrise zeigt, dass politische Beschlüsse noch Jahrzehnte später spürbar sein werden. Dennoch haben junge Menschen, die am längsten davon betroffen sind, am wenigsten Möglichkeiten, Einfluss auf diese Entscheidungen zu nehmen. Wir sind der Überzeugung, dass eine nachhaltige Gesellschaft allen die Möglichkeit geben muss, aktiv mitzugestalten.

Die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung hat bereits 1992 gefordert, dass geeignete Orte und Formen (weiter-)entwickelt werden müssen, um junge Menschen besser und umfassend zu beteiligen. Im Jahr 2019 stellt der Landesjugendring im Positionspapier „Mehr Macht für Kinder und Jugendliche“ zahlreiche Forderungen an die Landespolitik, aus denen wir folgende hervorheben:

- Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 14 Jahre auf allen politischen Ebenen.
- Entscheidungen durch gewählte Politiker*innen wirken sich direkt und indirekt auf das Leben von Jugendlichen aus. Diese müssen daher nicht nur bei Fragen, die ihre Interessen berühren, adäquat bei Entscheidungen einbezogen werden, sondern gerade auch bei Entscheidungen, deren Wirkung/Konsequenzen erst weit in der Zukunft sichtbar sein werden. Für die flächendeckende Umsetzung

und Weiterentwicklung des § 41a Gemeindeordnung in allen Kommunen Baden-Württembergs ist daher Sorge zu tragen.

- Es müssen qualitativ hochwertige Beteiligungsformen für Jugendliche auf lokaler, föderaler, nationaler sowie internationaler Ebene geschaffen werden, um eine Beteiligung an konkreten Entscheidungsprozessen zu gewährleisten, die durch Wahlen allein nicht erreicht werden kann. Als Interessensvertretung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen Jugendverbände und -ringe in Beteiligungsformate immer einbezogen werden.
- Junge Menschen müssen dort wirkungsvoll mitbestimmen können, wo sie leben und lernen (z.B. Kindergärten, Schulen oder Hochschulen). Dafür muss die Landespolitik umfassende Regelungen treffen. Es darf keinen Unterschied zwischen Stadt und Land geben.
- Um Menschen unabhängig von Alter, Bildung und sozialem Hintergrund politische Beteiligung zu ermöglichen, muss politische Bildung bereits früh angesetzt und weiter ausgebaut werden. Informationen zu politischen Themen, Institutionen und Strukturen müssen leicht zugänglich und verständlich aufbereitet sein.
- Allen Jugendlichen muss der ungehinderte Zugang zu Informationen und Vernetzung gegeben werden, dazu gehört der Ausbau einer leicht zugänglichen digitalen Infrastruktur, insbesondere Ausbau der Breitband-/Glasfaserversorgung, 5G-Netz, W-Lan im öffentlichen Raum.
- (Formelle) politische Bildung und (informelle) Demokratiebildung, wie sie in der Jugendverbandsarbeit gelebt wird, werden im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung gemeinsam gedacht.

8. Arbeit und Soziales

Grundlegend für die Entwicklung einer Gesellschaft ist, dass sie in allen lebensrelevanten Bereichen eine gute Versorgung und Absicherung organisiert und dies auch zukünftig gewährleisten kann. Durch diese Sicherheit wird es einer Gesellschaft möglich, an ihrem Fortschritt zu arbeiten. Um zu einer Postwachstumsgesellschaft zu werden, brauchen wir eine grundlegende Veränderung unserer Lebensweise und einen umfassenden kulturellen Wandel.

Eine nachhaltige Gesellschaft kann nur gelingen, wenn alle daran teilhaben:

- Wir sind gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem Arbeitsbedingungen und Bezahlung in sozialen und grünen Berufen müssen verbessert werden, dass sie auch für junge Menschen attraktiver sind. Tarifrechtliche Standards müssen bei der Vergabe öffentlicher Gelder und Aufträge beachtet werden.
- Arbeit muss so vergütet werden, dass auch ein nachhaltiger, ressourcenschonender Lebensstil möglich ist. So müssen nachhaltige Grundnahrungsmittel und nachhaltig/faire Güter des täglichen Bedarfs für Geringverdienende bezuschusst werden.
- Die Entwicklung und Umsetzung einer Strategie für ein nachhaltiges, soziales und am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaftssystem, das nicht auf ständiges Wachstum setzt.
- Arbeitsplätze müssen langfristig gesichert werden. Einen wichtigen Beitrag hierzu kann die Orientierung des gesamten Wirtschaftslebens auf ökologisch sinnvolle und gesellschaftlich notwendige Produkte und Dienstleistungen leisten. Nicht nachhaltige Bereiche/Unternehmen erhalten keine staatliche Förderung.
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen solidarisch organisiert werden: alle, die nicht auf Transfereinkommen angewiesen sind, müssen in die Systeme einbezahlen. Leistungen müssen sich an Bedürfnissen orientieren.
- Ausbildungs- und Fortbildungszeiten sowie Zeiten ehrenamtlichen Engagements müssen angemessen in die Alterssicherungsansprüche einbezogen werden.
- Angesichts der zu erwartenden, regional sehr unterschiedlichen Folgen des demographischen Wandels müssen Anstrengungen unternommen werden, um

in Baden-Württemberg Bildungs- und Ausbildungsangebote, eine Ausbildungsgarantie und attraktive Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum aufrechterhalten und bedarfsorientiert ausbauen zu können. Bei der Beschaffung der öffentlichen Hand sind ausbildende Betriebe zu bevorzugen.

Begründung:

Kinder, Jugendliche und kommende Generationen tragen in der Zukunft die Folgen der heutigen Politik. Für den Landesjugendring und seine Mitglieder sind einige Herausforderungen offensichtlich, denen sich die Gesellschaft stellen muss, wenn sie das Ziel der Nachhaltigen Entwicklung ernst nimmt. Dies kann nur gelingen, wenn Politik und Verwaltung von den Kommunen über das Land und den Bund bis zur Europäischen Union und den Vereinten Nationen entschiedene Schritte unternehmen!

Wir begrüßen das in den letzten Jahren deutlich gestiegene Interesse von Kindern und Jugendlichen an aktuellen, globalen, ökologischen und sozialen Themen. Der Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. vertritt die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie der Jugendverbände und Jugendringe in Baden-Württemberg.

Heidelberg, den 07.05.2022